

Spangenberg Zeitung.

Amtsblatt

Amthlicher Anzeiger für die Stadt Spangenberg.

Allgemeiner Anzeiger für Stadt und Land.



Amthlicher Anzeiger für die Stadt Spangenberg.

A. Amthlicher Spangenberg

Anzeigen-Gebühr: Die angegebene Zeile oder deren Raum 15 Pf. für auswärtsige 20 Pf., Restzeile 30 Pf. Bei groß. Aufträgen entsprechenden Rabatt. Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Telefon Nr. 27. Schriftleitung, Druck u. Verlag

Telefon Nr. 27. Hugo Münzer, Spangenberg.

Donnerstag, den 22. Januar 1920.

13. Jahrgang.

Nr. 7.

Amthlicher Teil.

Ordnung

für die Besteuerung von Eintrittskarten und Lustbarkeiten in der Stadtgemeinde Spangenberg (Fortsetzung)

Es wird hiermit befohlen, daß vorstehende Ordnung von der Stadtverordnetenversammlung am 29. September 1919 und vom Magistrat am 15. Oktober 1919 beschlossen worden ist und daß beide Körperschaften beschlußfähig waren.

Spangenberg, den 15. Oktober 1919.

Der Magistrat, Schier.

Vorstehende Ordnung, betreffend die Erhebung von Lustbarkeitssteuern in der Stadt Spangenberg, wird auf Grund der §§ 18, 15, 18 und 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 genehmigt.

Cassel, den 8. Dezember 1919.

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende, J. B. Kutti.

Die Zustimmung wird erteilt.

Cassel, den 20. Dezember 1919.

Der Oberpräsident, J. B. Dyes.

Anlegen und Ausbessern von Setzungen in den Fenstern usw.

Die unlängst erlassene Polizeiverordnung, die das Auslegen und Ausbessern von Setzungen und Leppichen usw. in den Fenstern nach 8 Uhr morgens (vom 1. 4. bis 30. 9., nach 7 Uhr morgens) verbietet, wird von vielen Seiten nicht beachtet. Ich bringe sie hierdurch nachdrücklich in Erinnerung.

Der Polizeibeamte ist angewiesen, Zuwiderhandlungen anzuzeigen. Wer sich also vor Strafe schützen will, richtet sich nach der Vorschriften.

Spangenberg, den 18. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung, Schier.

Anlage eines Anschlußgleises.

Die Firmen Meurer u. Comp. und Spangenberg Holzindustrie Heinz u. Salzmann, hier planen die Anlage eines Anschlußgleises beim Bahnhof Spangenberg und haben hierzu die nach § 43 des Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. 7. 92 erforderlichen Genehmigungen nachgesucht.

Der Entwurf für die Anlage liegt gemäß den §§ 17 und 47 des angeführten Gesetzes vom 22. Januar bis einschließlich 5. Februar 1920 zu jedermanns Einsicht auf dem hiesigen Bürgermeisterei offen.

Während der Offenlegung kann jeder Beteiligte im Umfang seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben. Die Einwendungen, die bei mir anbringen sind, müssen schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden.

Spangenberg, den 17. Januar 1920.

Der Bürgermeister, Schier.

Erzeugerhöchstpreis für Milch.

Der allgemeine Erzeugerhöchstpreis für Vollmilch mit einem Durchschnittsgehalt von 3% wird auf 80 Pf. für das Liter ab Stall oder frei Sammelwagen der Molkeerei oder des Milchfuhrmanns festgesetzt.

Bei Erfüllung einer Ablieferung an Vollmilch von durchschnittlich 2 Liter aller im Besitze eines Ablieferers befindlicher Milchkuhe einschließlich der jeweils trockenstehenden kann dem Einzelleierer unter zu Grundelegung der Gesamtmonatslieferung eine Prämie von 10 Pf. für jedes über das Ablieferungsoll hinausgehende Liter Milch gezahlt werden. Die Festlegung des durchschnittlichen Lieferungsolls wird periodisch bestimmt, und erstreckt sich zunächst auf die Zeit vom 15. Januar bis 15. Mai 1920.

Cassel, am 10. Januar 1920.

Der Regierungspräsident.

Aus der Heimat.

Neuorganisation der Baustoffbewirtschaftung. Durch Befamminung des Herrn Regierungs-

Präsidenten, Bezirkswohnungscommissars in Cassel vom 1. Januar 1920 ist eine Neuorganisation der Baustoffbewirtschaftung für die Provinz Hessen-Nassau und den Kreis Weimar angeordnet, auf die alle am Bauen interessierten Kreise hiermit aufmerksam gemacht werden.

1. Wichtig für Erzeuger und Baustoffhändler: Die durch die Baustoffknappheit bedingte monatliche Freigabe der verfügbaren Baustoffe ist nur möglich, wenn die Baustoffbeschaffungstelle einen möglichst läckenlosen Ueberblick über die zur Verfügung stehenden Mengen durch gewissenhafte Meldungen der Erzeuger und Händler erhält.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Meldungen unaufgefordert einzufenden sind, und daß gegen sämtliche Meldepflichtige seitens der Baustoffbeschaffungstelle mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, wie Kohlenzug, Verweigerung von Freigaben und unter Umständen auch Strafverfolgung vorgegangen werden wird.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die verlangten Meldungen die wichtigste Grundlage der ganzen Baustoffbewirtschaftung bilden, und daß sie diesen Zweck verfehlen, wenn sie nicht rechtzeitig in die Hände der Baustoffbeschaffungstelle gelangen.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß auch diejenigen zur monatlichen Meldung verpflichtet sind, auf deren Lager sich im Bestande gegen den Vormonat nichts geändert hat. Vor allem wird darauf aufmerksam gemacht, daß die vor dem 1. Januar 1920 seitens der Baustoffbeschaffungstelle Cassel oder der Ziegeleibewirtschaftungsstelle Frankfurt ausgeteilten Freigabeweisungen Ziegeleierzugnisse und künstliche Mauersteine anderer Art am 15. Januar 1920 ihre Gültigkeit verlieren, und daß Befreiungen auf diese Scheine nach diesem Zeitpunkt nicht mehr erfolgen dürfen.

2. Für Baustoffverbraucher: Alle Anträge auf Baustoffergabe sind in Zukunft nicht mehr an die Baustoffbeschaffungstelle in Cassel oder an die Ziegeleibewirtschaftungsstelle in Frankfurt, sondern an die zuständige Baugenehmigungsbehörde (Landratsamt oder städtische Bauverwaltung) zu richten. Diese Behörden sind angewiesen, die erforderlichen vorgeschriebenen Formblätter auszugeben und die Antragssteller über das Verfahren und über die Bauausführungsanträge, welche unter den heutigen Verhältnissen zugelassen werden können, eingehend zu unterrichten.

Unmittelbare Anträge an die Baustoffbeschaffungstelle in Freigabeangelegenen unter Umgehung der örtlichen Baugenehmigungsbehörde sind in Zukunft vollkommen zwecklos und führen nur zu Verzögerungen. Genausalts sind persönliche Vorstellungen bei der Baustoffbeschaffungstelle in Cassel vollkommen zwecklos.

Der erziehende Verkehrspreis. Die Streitbewegung unter den Eisenbahnern geht weiter zurück. Aus verschiedenen Teilen des Reiches liegen darüber Meldungen vor. Zum Teil ist die Wiederaufnahme der Arbeit auf die Bewilligung der Arbeiterforderungen und zum anderen Teil auf die geschlossene gegenseitige Stimmung der geschädigten Einwohner und der Entschlossenheit der maßgebenden Ämterstellen zurückzuführen. Die Eisenbahnhauptvertragsstellen Krefeld-Düsseldorf sind von der Eisenbahndirektion Köln geschlossen worden, weil die Arbeiter der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit keine Folge geleistet haben.

Der Vorstand des deutschen Telegraphenarbeiterverbandes in den Bezirken Düsseldorf, Dortmund und Münster hat nach Rücksprache mit dem Reichskommissar beschlossen, am 17. Januar die Arbeit wieder aufzunehmen. Den Telegraphenarbeitern ist von der Regierung mit Wirkung vom 1. Dezember 1919 ab ein 25 Prozentiger und mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab ein weiterer 25 Prozentiger Zuschlag zugebilligt worden.

Munitionskraus aus Spandau. Ein Ueberfall auf das Artilleriemunitionsdépôt in Spandau wurde in einer der letzten Nächte von unbekanntem Täter verübt. Die Wache kam mit einem Kraftwagen gefahren, aberumpelte die drei Wächter und zwang sie, die Schlüssel herauszugeben. Sie schloß dann auf, drang in das Munitionslager ein, erbeutete einen Kisten Munition und schaffte ihn mit dem Kraftwagen weg. Die Spandauer Polizei traf alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Verfolgung, zu der auch die Berliner Kriminalpolizei und die Sicherheitspolizei herangezogen wurden. Bisher ist noch keine Spur gefunden.

Einholung der deutschen Flagge in Würzburg. Die feierliche Einholung der deutschen Kriegsflagge auf der Marineschule in Würzburg wurde im Beisein der Vertreter sämtlicher Marinebeförden und zahlreicher Zuschauer vorgenommen. Vor der Flagge hatten die Offiziere, Beamten und Mannschaften der Marineschule sowie die Besatzung von „U. 116“ Paradestellung eingenommen. Nach kurzer herrlicher Umbrade des Marinecarnivalfarrers und des Direktors

der Marineschule ertönte ein Kommando und unter den Klängen der Bootstabelle sang langsam die deutsche Kriegsflagge. Alle grüßten ernst und schweigend, sich der Schwere des Augenblicks voll bewußt. Hell und klar setzte die Kapelle mit „Deutschland, Deutschland über alles“ ein. Die Truppen marschierten zurück und traten wieder auf der Landungsbrücke vor ihrem Kommandanten an. Mit klarer Stimme rief er ihnen zu: „Kameraden, wir kommen wieder!“ Nachdem noch das letzte Wappchen vom Fezzerhütchen des König Wilhelm auf das Deck herübergenommen war, wurden die Töne gelöst. „B. 116“ lief über Landungsbrücken unter den Klängen „Auf's denn — muß's denn“ aus. Drei Hurras auf „B. 116“ vom Lande aus, drei Hurras auf die ehemalige Marinestation Würzburg vom Boote aus. Wschiedsbrufe — Fährerwinken, — und „B. 116“ entschwand und eilte an den feindlichen Schiffen mit kräftigen „Deutschland, Deutschland über alles“ ohne Gruß vorüber.

Eine neue Stadt in Sachsen. Die Gemeinden Deuben, Roschappel und Döhlen haben ihre Vereinigung zu einer Stadt zum 1. April beschlossen. Die neue Stadt soll den Namen Kleinschöner Grund tragen. Sie wird ungefähr 25 000 Einwohner haben.

Die französische Siegesfeier in Mainz. Die Franzosen haben die Unterzeichnung des Friedens mit großem Pomp und Aufstand gefeiert. Große Truppenmärsche durchzogen die Stadt. Vor dem Schloß fand ein Zapfenstechen statt. Vor den Schloßbrücken und den militärischen und militärisch benutzten Gebäuden fanden Festbeleuchtungen statt, die im kräftigen Gegenlicht zu der furchtbaren Kohlen- und Lichtnot stehen, derentwegen am Tag zuvor die gekürzte Arbeitszeit wieder vermindert werden mußte. Natürlich gehen alle diese pompösen französischen Feiertagsarbeiten auf Kosten des noch nicht genügend verarbeiteten deutschen Volkes.

Gehemnisvoller Tod zweier Kinder. Die beiden Kinder des Oberwachmeisters der Berliner Sicherheitspolizei Heßlau, ein dreizehnjähriger Knabe und ein 10-jähriges Mädchen, wurden in einer Zinne auf dem Vorboden eines Hauses erstikt aufgefunden. Die Kinder waren seit mehreren Tagen als vermißt gemeldet. Als der Vater nachforschte, sah er die Schilde des Knaben vor der Zinne stehen. Die Zinne war mit einer schweren Decke zugedeckt. Unter dem dringenden Verdacht, die Kinder gestiftet zu haben, wurden die eigenen Eltern in Haft genommen.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 16. Januar. (Börse.) Der Kaufstau mel der die Börse neuerdings ergreifen hat, setzt sich auch heute unermindert fort. Die Käufe bewegen sich hauptsächlich in inländischen Spekulationspapieren. Kriegs... leicht verändert (77,50).

Berlin, 16. Januar. (Barenmarkt.) Serabell 115-125, Kupfer 55-65, Hager loco 140-145, Jofort 143-145, Viktorienberg 380-420, kleine Erbsen 320 bis 370, Weizen 120-145, Roggen 170-185, Pflanzbohnen 185-200, Fleißerbohnen 19-20, Krefelbohnen 22-23, Malzenerbohnen 18-19 für 50 Kilogramm an Verladestation. Häfel 25-26, Weizen 35-40, Festheu 41-45, Kleeheu 46 bis 50 für 50 Kilogramm bahnfrei.

Ferkelmärkte in Schleswig. Den schleswig-holsteinischen Ferkel- und Jungschweinemärkten vom 3. Januar bis 10. Januar waren insgesamt rund 2500 Stück zugeführt, gegen 1800 Stück in der Vorwoche, nämlich in Hadersleben 63 Stück (Handel gut, Markt geräumt), Wernaberg 137 Stück (Handel lebhaft, Markt geräumt), Humum 133 Stück (Handel flott, Markt ausverkauft), Schleswig 16 Stück (nach zu hohen Preisen verkauft), Cadenby 49 Stück (Handel gut, Markt geräumt), Kiel 115 Stück (Handel ziemlich lebhaft, Markt geräumt), Neumünster 102 Stück (Handel schlappend, Markt nicht ganz geräumt), Neudamm 367 Stück (Handel gut, Markt vollständig geräumt), Heide 364 Stück (Handel gut, Markt geräumt), Jersow 487 Stück (Handel lebhaft, Markt geräumt), Segeberg 5 Stück (Handel flott, Markt bis auf 5 Tiere verkauft). Den übrigen Märkten in Provinz waren außerdem noch rund 600 Stück zugeführt, so daß die Gesamtzufuhr rund 2500 Stück betrug.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen und Kriegsschädigten (Ortsgruppe des Kreises Wungen, Abt. Spangenberg) werden zu einer

Besprechung

am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr in die Gastwirtschaft von Val. Siebert eingeladen. Nichtmitglieder sind eingeladen.

Kaiser-Note der Entente.

Die Auslieferung von Holland verlangt.

Nach einer Pariser Meldung der amtlichen Havas-agentur haben die Regierungschefs der Alliierten am Donnerstag den Wortlaut der Note genehmigt, die im Namen des Obersten Rates an die holländische Regierung gerichtet wird, und die das Begehren auf Auslieferung des Kaisers Wilhelms II. enthält. Die Note, die hauptsächlich am Sonntag übermittelt wird, bezieht sich auf Artikel 227 des Versailles-Vertrages, der die Vernehmung des früheren Kaisers von Deutschland in den Anklagezustand versetzt. Die Alliierten haben Holland ein, sich an der Erfüllung dieses Werkes der Gerechtigkeit zu beteiligen. Die Note ist in freundschaftlichem Tone gehalten.

Die Auslieferungsliste fertiggestellt.

Der Pariser Vertreter der „Times“ meldet, die Frage der deutschen Kriegsverbrecher sei jetzt endgültig geregelt. Man sei darauf bedacht gewesen, nur die Namen derjenigen Personen auf die Liste zu setzen, die so furchtbare Verbrechen schuldig seien, daß es jeder zivilisierten Nation unmöglich sei, ihnen Unterschlupf zu gewähren. Es würden Schritte unternommen um den Verzeihung der auszuliefernden Personen sowie den ihnen zur Last gelegten Verbrechen in Deutschland zu weitest möglicher Verbreitung zu hindern.

Die Alliierten hätten in den Listen peinlich nachgesehen, daß sie nicht Namen von Feinden suchten, sondern Gerechtigkeit gegenüber Verbrechen. Daher befesse nicht die geringste Absicht, die Auslieferung von Männern wie Hindenburg, Ludendorff oder anderen Generälen zu fördern, die den Krieg führten und sogar rückwärts schritten, sondern nur diejenigen, die die erlaubten Grenzen überschritten hätten.

Die britische Liste enthalte natürlich eine Anzahl Personen, die zum Unterebockkrieg in Beziehung ständen. Desgleichen werde die Auslieferung derjenigen gefordert, die ihren Mannschaften befohlen hätten, auf britische Matrosen zu feuern, die nach Torpedierung ihrer Schiffe im Wasser um ihr Leben kämpften. Auch der Fall des Kapitäns Freytag werde eine Auslieferung zur Folge haben, und es sei wahrscheinlich, daß auch Tirpitz, dem aus schriftlichen Befehlen persönliche Verantwortung für die barbarische Führung des U-Boot-Krieges nachgewiesen sei, auf der Liste stehe. — Der Fall des Kaisers werde mit äußerster Strenge durchgeführt werden.

Die Ernährungsfrage.

Stand der Ansichten der Brotgetreideversorgung.

Die Lage der Brotgetreideversorgung im gegenwärtigen Augenblick ist keine befriedigende. Gleichwohl wäre es nach Ansicht des Reichswirtschaftsministers falsch, von einer binnen kurzem bevorstehenden Katastrophe, d. h. von einem Zusammenbruch der Brotversorgung, zu sprechen.

Noch kein Jahr seit Einführung der öffentlichen Getreidewirtschaft ist ohne Krisen vorübergegangen. In die Krisen haben sich mehr oder weniger in jedem Jahre annähernd zur selben Zeit eingestellt und so hat auch die Reichsgetreidekasse vorausgesehen, daß die Versorgungslage Ende Dezember—Anfang Januar sich kritisch gestalten würde. Solche Krisen waren fast regelmäßig zu erwarten, einmal zur Zeit des Liebergangs von der alten zur neuen Ernte zweitens nach der Herbstbestellung und drittens nach der Frühjahrbestellung.

Im laufenden Wirtschaftsjahr gestaltete sich die Krisis zum erstenmal Zeitpunkt besonders bedrohlich, weil die auf den Frühbruch gesetzten Hoffnungen enttäuscht, sowohl wegen der eingetretenen starken Verhärtung der Körnerpreise, als auch wegen des Fehlens von Frühzuspriemen, deren Gewähr in diesem Jahre der zuständige Ausschuss der Nationalversammlung abgelehnt hatte. Durch die nachträgliche Einführung besonderer Preisergänzungslagen vom 1. September bis zum 15. Oktober v. J. gelang es aber dann doch noch, ohne allzu große Störungen die gefährliche Situation zu überwinden.

Trotz aller ungünstigen Voraussetzungen taten die Preisergänzungslagen ihre volle Wirkung. Während der Dauer ihrer Geltung stiegen die täglichen Ablieferungen stark, und die Gesamtablieferungen gingen wesentlich über die während der gleichen Zeit des Vorjahres abgelieferten Mengen hinaus. Der Zeitraum während dessen die Preisergänzungslagen bezahlt wurden, reichten aber nicht aus, um bis zum Einsetzen der Kartoffelernte so erhebliche Vorräte anzuhäufen, daß sie genügt hätten, die Brotversorgung auf mehrere Monate sicherzustellen. Eine Weiterzahlung der Preisergänzungslagen noch über den 15. Oktober hinaus war andererseits nicht anzunehmen, weil hauptsächlich von diesem Zeitpunkte ab das verfügbare knappe Eisenbahnmateriale in erster Linie für den Kohletransport zur Wiedereindeckung der Beheizungsanlagen der Städte zur Verfügung gestellt werden mußte.

Es konnte jedoch damit gerechnet werden, daß noch Abfluß der Kartoffel- und Möbenernte sowie nach Beendigung der Winterbestellung, die Auslieferung an Getreide gleichwie in den Vorjahren in der zweiten Hälfte des Dezember wieder in verhältnismäßig Maße einengen würden. Daß dies nicht der Fall war, hat verschiedene Ursachen. Abweisen von den Schwierigkeiten der Druckschloßbeschaffung verzögerte die außerordentlich unangenehme Witterung die Einschränkung der Hackfruchtente und die Herbstbestellungsarbeiten in ganz ungewöhnlicher Maße und erschwerete damit den Getreideanbau und für viel längere Zeit als in den früheren Jahren. Infolge des vorzeitigen Eintritts und des längeren Anhaltens von verhältnismäßig starken Frosten konnten erhebliche Mengen an Kartoffeln und Zuckerrüben nicht rechtzeitig abgeerntet werden, sondern blieben im Boden.

Die Landwirtschaft benutzte daher naturgemäßweise jeden Tag offenen Wetters zu dem Versuch, von dem auf dem Felde verbliebenen Kartoffel- und Rübenvorräten noch zu retten, was sie retten konnte, um diese Mengen wenigstens noch als Viehfutter zu verwenden zu können.

Ferner ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die wider Erwarten schnellen Ablieferungen auch noch im letzten Drittel des Dezember und bis zum festgenannten Zeitpunkt mindestens teilweise darauf zurückzuführen sind, daß die Landwirtschaft erst abwarten wollte, welchen Ausgang die Preisbewegung, insbesondere die mit ihr schon seit längerer Zeit geführten Verhandlungen wegen Gewährung besonderer Preisergänzungslagen haben würden. Wenn die in diesen erfolgte Einführung solcher Prämien bis heute noch keine sichtbare Einwirkung auf die Gestaltung der Ablieferungen geübt hat, so liegt das daran, daß auf den Ertrag der nachgehenden Bestellung vom 18. Dezember und ihrer Ausführungsgeschimmungen unmittelbarer Maßnahmen und Anreize folgten, also eine Preisniedrigung, und gedroht wurde, in diesem Jahre wenig gearbeitet, in der nächsten in diesem Jahre in welchem Umfang die eingeführten Preisergänzungslagen den auf sie gestützten Posten entsprechen werden, das wird sich mit einiger Sicherheit erst nach zwei bis drei Monaten im Januar und Februar bis zum Einsetzen der Frühjahrbestellungsarbeiten regelmäßig die besten Preisergänzungslagen zeigen.

Es wäre also verfehlt, die augenblickliche Knappheit an Vorräten der Reichsgetreidekasse als einen Dauerzustand bzw. als das Ende der geordneten Brotversorgung zu bezeichnen. Eine solche Auffassung erscheint um so weniger gerechtfertigt, als die diesjährige Getreideernte zweifellos nicht ungenügend und jedenfalls besser ausgefallen ist, als die des Vorjahres. Die Reichsgetreidekasse nimmt nach allen ihr vorliegenden Nachrichten an, daß etwa noch die halbe Ernte im Lande ist. Damit würde auch übereinstimmen, daß sie selbst von den von ihr insgesamt zur Verfügung ausgedrehten 2,2 Millionen Tonnen an Brotgetreide bisher rund 1,2 Millionen Tonnen verkauft hat.

Es sind also ohne jeden Zweifel noch erhebliche inländische Getreidevorräte vorhanden, es kommt nur darauf an, sie auch für die öffentliche Versorgung zu erschaffen. Ob die Preisergänzungslagen sich als das richtige Mittel hierzu erweisen werden, müssen die nächsten Wochen lehren. Im schlimmsten Falle müßte an zuständiger Stelle eine Wiedereingabe des Ausnahmestandes und eine Herabsetzung der Tagesration in Erwägung gezogen werden.

Daneben muß selbstverständlich die rechtzeitige Einführung von Auslandsgetreide im Auge behalten werden. Sie schon im Augenblick aber besonders nachdrücklich zu betreiben, würde nach Ansicht der Regierung, abgesehen von den bei dem festigen schlechten Valutastand fast unerschwinglichen Preisen, ein Fehler sein, da das Herbeibringen größerer Mengen von teurem Auslandsgetreide zu einer Zeit, wo die einheimische Landwirtschaft noch erhebliche Mengen abgeben kann, sicherlich auf die Preisergänzungslagen der Landwirtschaft außerordentlich ungünstig einwirken würde. Nach alledem sehen die Behörden im gegenwärtigen Augenblick keinen stichhaltigen Grund zu einer pessimistischen Auffassung.

Die Nachwehen des 13. Januar.

Nähe in Berlin.

Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes ist in Berlin eine gewisse Ruhe eingetreten. Auch der 15. Januar, der von den Modisten zu Massenarbeiternmeyerungen und Majendemonstrationen aussehete, war, wenn man es nachdrücklich die Opfer des Januaranfalles von 1919 zu ehren glaubte, in der ganzen ruhmlos und ohne besondere Störungen verlaufen. Der Generalkriegsrat kann als völlig mislungen bezeichnet werden.

Nach der „Neuen Welt“ in der Salenbede einvernehmliche „Totentfeier“ der Kommunisten wurde auf Befehl des Oberkommandierenden verboten. Die Sicherheitsbehörde hatte das Verbot mit einer starken Abklärung befehligt, während auf den Straßen der Umgegend ein starker Patrouillenbesatz unterhalten wurde. Gegen 10 000 Demonstranten hatten sich gegen Mittag angeammelt, die jedoch von den Streifen der Sicherheitswehr mühelos zerstreut wurden. Der Reichswirtschaftsminister hat bis auf weiteres alle von der Kommunistischen und Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei veranstalteten sogenannten Gedächtnisfeiern in Berlin verboten. Auf dem Laibenberg in der Umgegend von Berlin wurde ein ganzes Waffendepot der Kommunisten ausgehoben. Es wurden vier schwere und zwei leichte Maschinengewehre, 112 Infanteriegewehre, Modell 98, und zwei Riflen mit Munition ausgegraben. Die Sicherheitspolizei vermutet, daß noch mehrere solcher geheimen Waffenlager bestehen und ist eifrig dabei, ihnen auf die Spur zu kommen.

Strasendemonstrationen in Mannheim und Frankfurt am Main.

Die Berliner Streik- und Demonstrationenbewegung hat auf verschiedene Städte im Reich übergegriffen. In Mannheim veranstalteten die Unabhängigen und Kommunisten zum Gedächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs eine Demonstration, an dem sich etwa 3500 Personen, meist junge Leute, beteiligten. Während die Demonstration in Mannheim ruhig verlief, kam es in Frankfurt bei einer „Protestversammlung“ gegen die Meuchelmörder von Berlin zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Reichswehr, die auf Anordnung des Polizeipräsidenten die Versammlung verhindern sollte. Die Menge nahm eine bedrohliche Haltung gegen die Soldaten ein, die sie mit Steinen bewarf und anspitzte. Am Uhrfingern verfuhr die Menge einem Soldaten soz. Gewehr zu entreißen und auch sonst tätlich gegen die Truppen vorzugehen. Der Führer ließ daher mehrere Schußwunden abgeben. Dies war das Signal zu einer wilden Flucht der Massen.

Blutige Zusammenstöße im Ruhrgebiet.

Wie die in Essen eingehenden Meldungen zeigen, treten Unruhen und Ausschreitungen wie in Dortmund auch in anderen Städten des Industriegebietes auf. In Duisburg, Sterkrade usw. überall die Sicherheitswehr eingreifen, wobei es leider zu mehreren Verwundeten auf Seiten der Arbeiter ohne Tote und Verwundete auf Seiten der Ruhrführer abging. Die Teilweise der Bergarbeiter betriebe die einen rein politischen Charakter haben, greifen sie sich. Während die Arbeiter der Bergwerke belene und Anstalts- und der Güter-Lieferung, die die Arbeit wieder aufgenommen haben, sind dieien der Bergwerke in den Streik getreten, wo nunmehr etwa 21 000 Mann fern. In Mülheim mußte die Technische Nothilfe eingreifen, um das städtische Kommando sieht sich in die Notwendigkeit versetzt, den ganzen Regierungsbezirk Düsseldorf den verhängen stärksten Ausnahmezustand zu proklamieren.

In Königsberg i. Pr. hat der militärische Notstand in Gesehfabrik, die in lebenswichtigen Betrieben unter Arbeit niederlegten, unter wardenem Hinweis auf Art. 6 der Verordnung des Reichspräsidenten aufzufordert, die Arbeit umgehend wieder aufzunehmen. Im Elektrizitätswerk wurde die Technische Nothilfe eingesetzt, so daß es in den Mittagsstunden wieder Licht gab.

Politische Rundschau.

Berlin, den 16. Januar 1920.

Der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Mahler-Schweitzer ist zum deutschen Geschäftsträger in Paris ernannt worden. Zum Geschäftsträger in London ist der Hamburger Senator Stahmer auersehen.

Der Minister für Wiederaufbau, Gehler, hat sich in den nächsten Tagen auf Einladung des französischen Wiederaufbauministers, Loucheur, nach Paris begeben, um eine grundsätzliche Verständigung in einer Reihe von Vorfragen für den Wiederaufbau Frankreichs herbeizuführen.

Der Reichsminister der Kriegesgeschichten, Kriegelstein, und Hinterbliebenen erläßt einen Aufruf an die Eisenbahner, worin er diese ermahnt, zu ihrer Pflicht zurückzukehren und die Kriegsgefangenen nicht länger in Frankreichs Knechtschaft schmachten zu lassen.

Entgegen anders lautenden Meldungen hat die Rumuna Oberstelebens durch die deutschen Truppen noch nicht begonnen. Sie wird im Einverständnis mit den Besatzungstruppen der Alliierten erst vom 20. d. M. ab planmäßig vor sich gehen.

Infolge der durch den Friedensvertrag eintretenden Abtretungen von deutschem Gebiet gehen uns, wie seitens der Postverwaltung festgestellt wurde, 1135 deutsche Postorte verloren.

Im Prozeß gegen den Grafen Arco-Valley beantragte der Staatsanwalt wegen Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner die Todesstrafe.

Die Franzosen des Saargebietes. Die Saargebietungen widmen der Trennung des Saargebietes vom deutschen Mittelrande Abschieds- und Abschiedsreden. In den Artikeln, die natürlich unter strengster Zensur stehen, wird hervorgehoben, die Saargebietung habe, daß der Weltkrieg und das ganze, was er verbrochen habe, nämlich das Recht und das Wohl des Volkes an der Saar zu garantieren. Die Saargebietungen haben die Aufforderung der französischen Verwaltung, nachübergehend neun Stunden statt acht Stunden zu arbeiten, um die allgemeine herrschende Notlage zu lindern, abgelehnt. Die Zuteilung von Kohlen an die Saargebiete hat meistens nachgelassen, diejenige an die übrigen Städte gänzlich aufgehört. Alle Kohlen gehen jetzt vom Saargebiet direkt nach Frankreich.

Ferdinand Bonn wollte sich nach dem Kaiser ausliefern lassen. Ferdinand Bonn ist wegen seines geschmacklosen Kaiserfilms an der Abhaltung verschiedener Vorträge in München und Bayern von dem empörten Publikum verhindert worden. Er verstand mit an die bayerischen Zeitungen ein langes Rechtfertigungsschreiben, in dem er seinen echten Patriotismus darzutun versucht. Unter anderem teilt er, nach der „Münchener Abendzeitung“, das folgende mit: „Als die Gefahr einer Auslieferung des ehemaligen Kaisers akut schien, habe ich mit anderen den Plan entworfen, an Stelle des Kaisers mich in seiner Maske nach London bringen zu lassen. Dieses unglückselig ausführbare Projekt sollte weniger für den entthronten Monarchen als um der deutschen Ehre willen (!) ausgeführt werden, und kein anderer hätte es ausführen können, als ich.“ — Der Glaube Ferdinands an sein eigenes Genie ist der stärkste Glaube, der zurzeit in Deutschland zu finden ist.

Deutschland soll verhungern. Die Gesandten Frankreichs und Italiens in Argentinien haben gegen den Abschluß einer deutschen Anleihe von 100 Millionen Centavos in Argentinien Einspruch erhoben. Die Anleihe soll zur Bezahlung der deutschen Anleihen von Getreide, Fleisch usw. dienen während der nächsten zwei Jahre. Die beiden Gesandten stehen mit der argentinischen Regierung wegen einer ähnlichen Anleihe in Verhandlungen.

Noch immer deutsche Geiseln in Belgien. Ursprünglich hatte die belgische Regierung gemeldet, daß aus der Zahl der deutschen Kriegsgefangenen dreißig Geiseln in Belgien zurückgehalten würden. Die belgische Mission teilt jetzt der Waffenstillstandskommission Düsseldorf, eine offizielle Geiselliste mit, wobei sie bemerkt, daß es außer diesen zwanzig Geiseln keine weiteren in Belgien gibt. Trotzdem die deutsche Regierung der belgischen Mitwirkung hat, daß in Deutschland keine belgischen Untertanen gegen ihren Willen zurückgehalten werden, hat die belgische Regierung diese zwanzig Geiseln zurückgehalten, weil sie glaubt, daß in deutschen Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern belgische Untertanen gegen ihren Willen und gegen die Bestimmungen des Waffenstillstandes zurückgehalten werden. Die deutsche Regierung hat alle Schritte getan, um die Freilassung der Geiseln zu beschleunigen.

Die belgische Regierung gemeldet, daß aus der Zahl der deutschen Kriegsgefangenen dreißig Geiseln in Belgien zurückgehalten würden. Die belgische Mission teilt jetzt der Waffenstillstandskommission Düsseldorf, eine offizielle Geiselliste mit, wobei sie bemerkt, daß es außer diesen zwanzig Geiseln keine weiteren in Belgien gibt. Trotzdem die deutsche Regierung der belgischen Mitwirkung hat, daß in Deutschland keine belgischen Untertanen gegen ihren Willen zurückgehalten werden, hat die belgische Regierung diese zwanzig Geiseln zurückgehalten, weil sie glaubt, daß in deutschen Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern belgische Untertanen gegen ihren Willen und gegen die Bestimmungen des Waffenstillstandes zurückgehalten werden. Die deutsche Regierung hat alle Schritte getan, um die Freilassung der Geiseln zu beschleunigen.

Die belgische Regierung gemeldet, daß aus der Zahl der deutschen Kriegsgefangenen dreißig Geiseln in Belgien zurückgehalten würden. Die belgische Mission teilt jetzt der Waffenstillstandskommission Düsseldorf, eine offizielle Geiselliste mit, wobei sie bemerkt, daß es außer diesen zwanzig Geiseln keine weiteren in Belgien gibt. Trotzdem die deutsche Regierung der belgischen Mitwirkung hat, daß in Deutschland keine belgischen Untertanen gegen ihren Willen zurückgehalten werden, hat die belgische Regierung diese zwanzig Geiseln zurückgehalten, weil sie glaubt, daß in deutschen Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern belgische Untertanen gegen ihren Willen und gegen die Bestimmungen des Waffenstillstandes zurückgehalten werden. Die deutsche Regierung hat alle Schritte getan, um die Freilassung der Geiseln zu beschleunigen.

Heute Mittag verschied nach kurzem Krankenlager an der Grippe und ihren Folgen der

Forstlehrling

Herr Kurt Mantz

aus Försterei Rosenthal im Regierungsbezirk Marienwerder im 18. Lebensjahre. Wir betrauern den Verlust eines lieben, hoffnungsvollen Schülers und treuen Kameraden und wollen ihm allezeit ein warmes und ehrendes Andenken bewahren.

Für die Lehrer und Forstschüler
Linck, Forstmeister.

Spangenberg, den 19. Januar 1920.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Abend 5 1/2 Uhr infolge Schlaganfalles unsere liebe, herzengute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die Witwe

Martha Kellner

geb. Stühr

im eben vollendeten 75. Lebensjahre in sein himmlisches Reich aufzunehmen.

In tiefstem Schmerze:

Christian Kellner u. Frau geb. Schellhase
Wilhelm Kellner u. Frau geb. Kraft
Anna Kellner
Lorenz Kellner
Emilchen Kellner
Georg Wiederhold
und 5 Enkelkinder.

Bergheim, Danau, Niederbeisheim, den 19. Januar 1920.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Januar 1920, nachmittags 1 Uhr statt.

Altes Gold u. Silber, Zahngebisse, Brennstifte, deutsches Münzgeld in Silber u. Gold
in kleineren und größeren Posten kaufe ich und zahle den höchsten Tagespreis.
Friedmanns Uhrenhandlung
Spangenberg.

Möbliertes
Zimmer
zu vermieten.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. V.

Allgemeine
Ortskrankenkasse
für den Kreis Melsungen
Zahl- und Meldestelle
Spangenberg.
Letzter Zahlungstermin für rückständige Beiträge pro IV. Quartal 1919 ist **Donnerstag, den 22. Januar und Freitag, den 23. Januar 1920.**
Klein.

Einem größeren Posten
schöne Stühle
Betten
mit und ohne Matratzen
Tische
sowie einen
Kirschholztisch
(lackiert)
Waschkomode
und
Nachtspinde
preiswert zu verkaufen bei
H. Kohl.

J. J. V. Sp.
Am 21. Januar, abends 8 Uhr findet eine
Jahres-Versammlung
im Vereinszimmer statt.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstehenden, der Kassiererin, der Schriftführerin und Bibliothekarin.
2. Wahl des Vorstandes und der Kommissionen.
3. Verschiedenes.
Um vollzähliges Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Patentkapsel
verloren!
Vergaben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle d. V.
Inserate
bis Dienstag abend und Freitag vormittag erbeten.

Bekanntmachung
betreffend
Strompreis-Erhöhung

Infolge der fortschreitenden Teuerung werden die Preise für elektrischen Strom vom 1. Febr. 1920 ab wie folgt **erhöht:**

- I. Für Beleuchtungszwecke:**
auf Mk. 1,20 für die Kilowattst.
 - II. Für gewerbliche Zwecke:**
auf Mk. 0,80 für die Kilowattst.
 - III. Bei den mietweise hergestellten Anlagen:**
für jede Lampe von 16 NK. Mk. 30.-- jährlich, Pauschal, andere Kerzen im Verhältnis.
- Hochachtungsvoll
G. W. Salzmann.

Stehe Freitag, den 23. Januar von 12 Uhr ab in der Gastwirtschaft „Zur Stadt Frankfurt“ mit einem Transport echt
hannoversche Ferkel
zum Verkauf.
H. Bierach, Melsungen.

J. Ziegler's
Privat-Handelsschule
CASSEL, Rölnischestraße 8
Fernsprecher 2590
Gegründet in Cassel 1898.
Täglich beginnen f. Personen aller Stände (Damen wie Herren) neue Kurse in **einfacher, dopp., amerik., landwirtsch. u. Hotel-Buchführung, Wechsel- und Handelslehre, Schön-, Recht- u. Briefschreiben, Rund- u. Lackschrift, Rechnen, Stenographie u. Maschinenschreiben.**
Der gute Ruf der Schule bürgt für einen sicheren Erfolg.
Lernplan umsonst.

Heimarbeiter
für leichte saubere Arbeit
sucht
M. Woelm

Hessischer Bankverein.

Aktiengesellschaft. Abteilung Melsungen.

Erladigung aller bankmässigen Geschäfte.

- Annahme von Spareinlagen zu günstigen Zinssätzen. An- u. Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere.
- Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
- Einziehung von Zins- u. Dividendenscheinen u. verlorster Wertpapiere.
- Verlosungskontrolle, Stahlpanzerschrank.
- Übernahme von Vermögensverwaltungen.
- Einrichtung von Scheckkonten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs.